

**Annoncen-**  
**Annahme-Bureau.**  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmsstr. 17)  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestraße 14,  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei L. Dreisand,  
in Meseritz bei Ph. Matthias.

# Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Mr. 242.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 40 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 5. April.

Inserate 20 Pf. die leichgespaltenen Petitzelle über deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für bis am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

## Dmitrius.

Berlin, 4. April. Der Kaiser hat im Namen des Reichs den Ober-Landesgerichts-Rath Turius in Köln zum Rath bei dem kaiserlichen Ober-Landesgericht in Kolmar, den Kreisdirektor Böhm zum kaiserlichen Regierungs-Rath und den Regierungs-Assessor Albrecht zum kaiserlichen Kreisdirektor in der Verwaltung von Elsaß-Lotringen ernannt.

Der Ober-Landesgerichts-Rath Stolterfoth in Kolmar ist infolge Neubrucks in den preußischen Justizdienst aus dem Justizdienst von Elsaß-Lotringen ausgeschieden.

Der König hat den bisherigen Gesandten in Washington, Wirklichen Geheimen Rath Dr. v. Schröder zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei dem päpstlichen Stuhle ernannt.

Der König hat den bisher bei der Ministerial-Baukommission in Berlin angestellten Baumspektor Weber zum Regierungs- und Bau-Rath, den Superintendenturmeister, Metropolitan Schmeiser in Rodenburg zum Superintendenten der Diözese Minden, und den bisherigen Pfarrer v. Schalbach-Grenfeld in Dels zum Domherrn bei der Kathedrale in Breslau ernannt, sowie dem General-Staatskassen-Buchhalter, Rechnungs-Rath Löhe den Charakter als Geheimer Rechnungs-Rath verliehen, und dem Direktor des königlichen Gymnasiums zu Hohenstein in Ostpreußen, Dr. Kühl, die nachgezogene Entlassung aus dem preußischen Staatsdienste ertheilt.

Der Gymnasial-Direktor Hess in Rendsburg ist in gleicher Eigenschaft an das Gymnasium Christianum in Altona versetzt worden. Der bisherige ordentliche Lehrer Bielus am Gymnasium in Hirschberg ist zum Oberlehrer befördert worden. Bei dem Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten ist der Geheimer Registratur-Assistent Rogge als Geheimer Registratur angestellt worden.

Der Regierungs- und Baurath Kirchhoff in Marienwerder ist der königlichen Regierung in Koblenz und der Regierungs- und Baurath Weber der königlichen Regierung in Marienwerder überwiesen worden.

Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht das Gesetz, enthaltend Bestimmungen über Gerichtsosten und über Gebühren der Gerichtsvollzieher, vom 21. März 1882.

## Politische Uebersicht.

Posen, den 5. April.

Der „Staatsanzeiger“ macht die Ernennung des Herrn von Schröder zum Gesandten beim päpstlichen Stuhle bekannt. Von den bisherigen Erfolgen des genannten Diplomaten in Rom ist so wenig zu Tage getreten, daß man von der Notwendigkeit und Rücksicht der Wiederherstellung dieser Vertretung sich nicht zu überzeugen vermochte. Die Errichtung der Stelle war eben ein neues Entgegenkommen gegen die Kurie und die Ultramontanen, auf dessen Erwiderung wir immer verzweigt warten. Die Aufhebung der deutschen Gesellschaft bei der Kurie bezeichnete den Höhepunkt des „Kulturlampfes“; der Einzug einer preußischen Gesellschaft dagegen bezeichnet die Herstellung des Friedens, aber freilich schwerlich eines Friedens, wie wir ihn allein gewünscht hätten. Als erste Gabe kann der neue Gesandte in Erfurth das kirchenpolitische Kompromiß darbringen.

Die Wahrheit über die diskretionären Vollmachten“ betitelt die „Germania“ eine längere Ausführung, in der sie die Behauptung, daß das Zentrum durch seine Zustimmung zu den Anträgen der Abg. Rauchhaupt und Genossen bezüglich der kirchenpolitischen Vorlage die Grundsätze preisgegeben habe, welche nach seiner bisherigen Auffassung für die Lösung des Konflikts maßgebend sein sollten. Die ganze Debatton läuft darauf hinaus, daß das Zentrum, obgleich es der Verlängerung der diskretionären Vollmachten des Juligesetzes auf ein Jahr zugestimmt habe, nach wie vor eine diskretionäre Regelung des Verhältnisses von Staat und Kirche, die „Vollmachtspolitik“ absolut ablehne. In Wirklichkeit aber steht die Sache so, daß das Zentrum prinzipiell an der Forderung einer endgültigen gesetzlichen Revision der Maigesetze festhält, praktisch aber in einer Reihe von Einzelfragen der Regierung Vollmacht giebt, die Maigesetze zu handhaben oder nicht. Wie vollständig sich die Auffassung des Zentrums verändert hat, ergiebt sich aus der einfachen Thatfrage, daß die Partei im Jahre 1880 geschlossen gegen und jetzt ebenso geschlossen für das Juligesetz gestimmt hat. Die „wertvolle Acquisition des Bischofsparagraphen“, der sich ja auch schon in der Juliorlage fand, hätte das Zentrum schon damals haben können, wenn es nicht durch seinen Widerspruch gegen die diskretionären Vollmachten die Regierung zu dem Kompromiß mit den Nationalliberalen gezwungen hätte. Daß gewisse diskretionäre Beschlüsse der Regierung nicht zu vermeiden sind, ist zweifellos; aber zulässig sind dieselben nur, in soweit es sich um die Ausführung starker gesetzlicher Normen handelt; diskretionäre Bestimmungen dieser Art finden sich bekanntlich auch in dem ersten Maigesetze, dem Gesetze vom 11. Mai 1873. Wenn die „Germania“ sich darauf beruft, daß bei den Wiener Verhandlungen der Nuntius Jacobini erklärt habe, der Papst könne sich mit der diskretionären Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche nur einverstanden erklären, wenn dieselbe zu dem Ziele einer gesetzlichen Regelung des Verhältnisses führen solle, d. h. wenn die Regierung ein solches Ziel als das ihrige anerkenne, so ist das damals eben so wenig geschehen wie jetzt. Kultus-

minister v. Gohler hat schon im Abgeordnetenhaus erklärt, die Frist bis zum 1. April 1883 sei viel zu kurz. Das wahre Motiv des Zentrums ist, wie es scheint, daß die Partei aus der Handhabung des Juligesetzes seitens der Minister v. Puttkamer und v. Gohler die Hoffnung geschöpft hat, daß die diskretionären Vollmachten nach ihren Wünschen verwendet werden und daß der Einfluß des Zentrums und seiner Verbündeten stark genug sei werde, die Regierung in naher Zeit zur definitiven Preisgebung der Maigesetze zu zwingen. Diese Wahrheit ist freilich eine von denjenigen, die kluger Weise wenigstens von Seiten des Zentrums verschwiegen wird.

Wie verlautet, tritt die Kommission des Herrenhauses am 20. April zur Berathung der kirchenpolitischen Vorlage zusammen, das Plenum gegen Ende April. Danach würde in der That, wenn es dabei bleibt, daß der Reichstag auf den 24. April berufen werden soll, das Zentrum leicht in die Lage kommen, Stellung zum Tabaksmonopol zu nehmen, bevor die endgültige Entscheidung über das kirchenpolitische Kompromiß getroffen wäre.

Nachdem nach erfolgter Zustimmung der Staatsregierung durch päpstliches Breve vom 10. Februar d. J. der seitherige Domherr, Kapitular-Vikar Dr. Höting in Osnabrück zum Bischof von Osnabrück ernannt und von demselben die zur Übernahme seines Amtes erforderliche Anerkennung Sr. Maj. des Königs nachgeleucht worden ist, hat, wie der „Staatsanzeiger“ meldet, die Aushändigung der vom 24. März d. J. datirten landesherrlichen Anerkennungs-Urkunde an den Bischof Dr. Höting am 3. April d. J. durch den Ober-Präsidenten der Provinz Hannover stattgefunden.

Über die Monopolvorlage veröffentlichten nach und nach die hervorragendsten Handelskammern ausführliche Gutachten. Die Denkschrift der Bremer Handelskammer ist jetzt zunächst ein Gutachten der Leipziger Handelskammer gefolgt. Die Kammer hat den Entwurf an der Hand der Erfahrung ihrer Mitglieder und unter Beziehung vertrauenswerther Sachverständigen eingehend geprüft, und das Resultat dieser Prüfung ist die dringende Bitte an die sächsische Regierung, „allen ihr zu Gebote stehenden Einfluss aufzuzeigen, um das durch Annahme des vorliegenden Gesetzentwurfs nicht nur dem Handel und der Industrie, sondern dem wirtschaftlichen und sozialen Leben der Nation überhaupt drohende Unheil abzuwenden.“ Dieses Gesuch wird durch eine Reihe trefflicher, sachlicher Ausführungen motivirt, welche trotz der vielfachen Erörterungen der Frage doch noch neue und für den Kampf gegen das Monopol sehr wertvolle Argumente bringen. Von hervorragendem Interesse ist u. A. die Beantwortung der Frage: Wie hat die im Jahre 1879 stattgehabte Erhöhung der Tabaksteuerung auf den Konsum eingespielt? Die in der Vorlage gemachte Annahme, daß das deutsche Volk nach der Zoll- und Steuererhöhung seinen Verbrauch genau in der bisherigen Weise fortgeführt und die höheren Zölle und Steuern (36 Mill. M.) noch darauf bezahlt habe, steht nach der Leipziger Handelskammer in schroffem Widerspruch mit der geschäftlichen Erfahrung.

„Vor allen Dingen“, heißt es treffend darüber, „liegt die Sache gar nicht so einfach: von den höheren Zöllen, namentlich aber von den höheren Steuern ist erst ein geringer Theil auf die Konsumenten gefallen; bedarf an sich schon der Tabak einer längeren Zeit, ehe er aus dem rohen Zustande in den Verbrauch übergeht, so hatten zumal im Jahre 1878, angehoben der beworkeine Erhöhung — denn das Sperrgesetz kam ja viel zu spät —, Händler und Fabrikanten sich mit Vorräthen ausländischen Tabaks versorgt, soweit es ihre Mittel irgend zuließen, manche sogar über ihre Kräfte hinaus, und es ist infolge dessen bis in die jüngste Zeit herab theilweise noch älter, zum niedrigeren Sache verzollter Tabak verarbeitet worden. Soweit aber Erfahrungen über den Einfluß der höheren Belastung überhaupt haben gemacht werden können, gehen sie dahin, daß die große Masse der Konsumenten sich weit eher an eine etwas geringere Qualität der Tabaksfabrikate gewöhnt, als daß sie sich zur Anlegung eines höheren Preises entschließen sollte. In Kenntnis dessen sind die Fabrikanten ängstlich bemüht gewesen, den bisherigen Preis der marktgängigsten Sorten auf jede Weise, selbst unter Schmälerung ihres Gewinnes, aufrecht zu erhalten; die Brauchbarkeit der deutschen Ernte von 1879 und die Zufuhr billiger Sumatra-Tabake hat ihnen dies erleichtert. Wo aber eine Preiserhöhung nicht verhindert war, da haben die Händler nur zu oft erfahren müssen, daß die Kunden sich von den bis dahin gewohnten Sorten abwandten und es mit etwas geringeren versuchten, um nur jedenfalls in der gewohnten Preislage zu bleiben. Die Handelskammer hat diese bemerkenswerte Wahrnehmung, ohne jede Rücksicht auf das Monopol-Projekt, schon in ihrem Jahresberichte für 1880 (Seite 108) niedergelegt, und sie ist ihr jetzt wieder von den zugezogenen Sachverständigen bestätigt worden. Diese Verschiebung des Konsums vom höherwertigen zum geringeren Fabrikat hat sich aber nicht blos innerhalb derselben Art von Fabrikaten vollzogen, sondern sie erstreckt sich auf den Übergang von der Zigarette zur Pfeife, von der Pfeife zum Kauen; letzteres, das bis 1879 in Sachsen fast unbekannt war, hat in den letzten Jahren unter der ärmeren Bevölkerung, bei den Webern, Bergleuten u. s. w., schon erheblich an Boden gewonnen und das Rauchen verdrängt, auch hat bereits die Fabrikation von Kautabak in Sachsen Fuß gefaßt. Aus diesen Thaten, die sich ihr ungesucht aufgedrängt haben, glaubt die Handelskammer den Schluss ziehen zu müssen, daß, soweit eine Abwälzung der höheren Zölle und Steuern von den Produzenten auf die Konsumenten überhaupt schon stattge-

fundene hat, dieselbe nicht sowohl in höheren Preisen, als vielmehr in dem geringeren Werthe der konsumirten Fabrikate zum Ausdruck gekommen sei. Mit anderen Worten, das deutsche Volk hat seit der Zoll- und Steuererhöhung nicht mehr Geld für Tabaksfabrikate ausgegeben, sondern für dasselbe Geld weniger Genüg gehabt. Will man mit Rücksicht auf die Bevölkerungszunahme auf der einen —, die Vertheilung anderer, unentbehrlicher Lebensbedürfnisse und die Ungünst der allgemeinen Geschäftslage auf der anderen Seite annehmen, daß der Verbrauch sich dem Geldbetrage nach, Zoll und Steuer eingerechnet, auf der Höhe von 1877 unvermindert erhalten habe, so ist dies nach der Ansicht der Handelskammer die äußerste zulässige Voraussetzung; die obigen 36 Millionen Mark Zuwachs sind dagegen als lediglich fiktiv einfach zu streichen.

Der „Reichsbote“, der es doch wissen muß, protestirt gegen die Unterstellung der Liberalen, daß die konervative Partei ohne Weiteres mit dem Tabaksmonopol zu identifizieren sei. „Das Tabaksmonopol“ sagt das Blatt, „ist keine Parteisache. Es sind Konervative für das Monopol, aber es sind noch mehr dagegen, und selbst von denen, welche dafür sind, haben wohl die wenigsten Freude daran und ihr Für ist noch ein sehr bedingtes.“ Unter diesen Umständen darf man doch wohl fragen: wo sind die rischaltlosen Freunde des Monopols zu suchen?

Wie man der „National-Zeitung“ aus Wien berichtet, haben die Erklärungen, welche Großfürst Waldimir dem Kaiser Franz Joseph persönlich wie dem Grafen Kalnoki gemacht hat, dort einen beruhigenden Eindruck zurückgelassen. Der Großfürst hat die Überzeugung hervorgerufen, daß Alexander III. das Friedensprogramm vor wie nach aufrecht hält. Auch eine Zusammenkunft der Kaiser wurde verhandelt; selbstverständlich wird über die Ergebnisse dieser Verhandlungen Schweigen beobachtet. Kommt es zu einer Zusammenkunft, so wird Vorsorge getroffen, daß erst die vollzogene Thatache bekannt wird. Auch auf die Kaiserkrönung in Moskau und die Vertretung des österreichischen Herrscherhauses bei derselben soll sich die Mission des Großfürsten bezothen haben. In Berlin betrachtet man die allgemeine Lage mit wesentlich größter Versicht, als dies noch vor einigen Wochen der Fall war. Auf militärischer Seite scheint man sich vergewissert zu haben, daß die militärischen Vorbereitungen Russlands ihm zur Zeit nicht gestatten, einen Feldzug nach irgendeiner Seite zu engagieren, daß hierzu fortgesetzte Anstrengungen gehören würden, die mindestens ein bis zwei Jahre in Anspruch nehmen müßten; für den Beginn dieser Anstrengungen liegt kein Zeichen vor. Da der Krieg hiernach für die zunächst absehbare Zeit nicht möglich ist, hält man, ganz abgesehen von den Dispositionen der Machthaber in Russland, die Fortdauer des Friedenszustandes gesichert. Je kühler und realistischer diese Auffassung sich auf den Boden der gegebenen Thatsachen stellt, um so mehr wird sie in ihrer Bedeutung von denen gewürdigt werden, welche ihr Urteil unabhängig vom Auf- und Abwogen der Gerüchte und der Pressestimmen sich bilden wollen.

Die Abtheilungen der französischen Deputirtenkammer haben die mit der Prüfung der Rekrutierungsvorlagen beauftragte Kommission gewählt. Zwei Gesetzentwürfe stehen einander gegenüber, von denen der eine durch den Kriegsminister, General Villot, der Kammer unterbreitet worden ist, der andere die Intentionen Gambetta wiederholt. Da der letztere selbst in den Ausschuss gewählt worden ist, wird er Gelegenheit haben, sein Projekt zu verteidigen. Beide Entwürfe stimmen darin überein, daß die dreijährige Dienstzeit in der aktiven Armee die Regel bilden soll. Der Artikel 9 der Regierungsvorlage bestimmt in dieser Hinsicht:

„Jeder Franzose, der nicht für ungeeignet zu jedem Militärdienst erklärt worden ist, bildet der Reihe nach einen Bestandteil: 1. der aktiven Armee, welche alle unter den Fahnen befindlichen Leute umfaßt; 2. der disponiblen Mannschaften der aktiven Armee; 3. der Reserve der aktiven Armee; 4. der Territorialarmee; 5. der Reserve der Territorialarmee. Die Dauer des Dienstes in der aktiven Armee erstreckt sich, abgesehen von den durch das gegenwärtige Gesetz in Betracht gezogenen Fällen, auf drei Jahre. Diese drei Jahre müssen aufeinander folgen. Die in der Disponibilität zugebrachte Zeit muß zugleich mit der Dauer des Dienstes in der aktiven Armee eine Gesamtheit von fünf Jahren ergeben. Die Dienstpflicht dauert dann vier Jahre in der Reserve der aktiven Armee, fünf Jahre in der Territorialarmee und sechs Jahre in der Reserve der Territorialarmee.“

In anderen wesentlichen Punkten weicht dagegen die Regierungsvorlage von dem Projekte Gambettas ab. Insbesondere behält sie die Institution der Einjährig-Freiwilligen mit gewissen Modalitäten bei, während Gambetta diese Einrichtung von Grund aus beseitigt wissen will. Artikel 19 des ersten Entwurfs bestimmt nämlich, daß die Mitglieder des öffentlichen Unterrichts, die Kandidaten für geistliche Amter, sowie die jungen Leute, welche in die Ecole polytechnique, die Ecole spéciale militaire, die Ecole forestière sowie in die Normalschulen von Paris und Cluny eintreten, sobald sie gewissen Voraussetzungen genügen, nur ein Jahr unter den Fahnen bleiben. Gegen diese Ausnahmeverordnungen wendet sich nun Gambetta mit aller Entschiedenheit. Insbesondere hebt das Organ des ehemaligen

Konsulpräsidenten hervor, daß die Vertheidiger der bisherigen vollständigen Privilegien, welche die Seminaristen genossen, ebenso sehr die einjährige wie die dreijährige Dienstzeit bekämpfen werden. Nicht minder hält das Blatt dafür, daß die Lehrer in einem Jahre nicht die erforderliche militärische Ausbildung erhalten können, um in der Reserve der aktiven Armee oder in der Territorialarmee als Offizier oder als Unteroffizier zu fungieren, während dieses Ziel doch der Regierung bei den erwähnten Ausnahmebestimmungen vorschwebte. Endlich wendet sich Gambetta dagegen, daß das dritte Jahr des aktiven Dienstes allen denjenigen erlassen werden soll, welche mit dem Diplom als bachelier versehen sind, weil die Garantie vermischt wird, daß dieser Dispens den liberalen Berufssarten in Wirklichkeit zu statthen kommen würde. Die „Rég. française“ begründet ihren wesentlich abweichenden Standpunkt schließlich damit, daß endlich für die Armee und für die Schule der Augenblick gekommen sei, das Land mit den erforderlichen materiellen und moralischen Kräften zu versorgen, während die Vorlage der Regierung in dieser Hinsicht durchaus ungenügend sei. Hier nach darf man annehmen, daß in der soeben gebildeten parlamentarischen Kommission Gambetta seinen ganzen Einfluß aufzuzeigen wird, um der Regierung anlässlich der Rekrutierungsvorlage eine Niederlage zu bereiten.

Welche Früchte die klerikale Agitation gegen das neue Schulwesen in übergläubischen Gegenden Frankreichs noch zeitigen kann, davon liefert ein Beschluß, welchen der Gemeinderath von Lans-le-Bourg, einem verlorenen Gebirgsflecken in Savoyen, unter dem 19. Januar 1882 gefaßt hat, ein merkwürdiges Beispiel. Der Gemeinderath hatte das Projekt des Baues einer Schule, einer Mairie und einer Friedensrichterei zu prüfen und gelangte zu folgendem monumentalen Beschlusse:

„Der Gemeinderath, nach vorgängiger Beratung, in Erwägung, daß das ganze Publikum gegen diesen Bau ist, daß es allen Gemeinderäten, welche diesen Bau annehmen würden, gedroht hat, ihre Enten zu verwüsten und ihre Behausungen in Brand zu stecken, ist angestellt dieser Meinung der Bevölkerung einstimmig der Ansicht, jeden Bau eines Schulhauses in Lans-le-Bourg zu verwerfen.“

Giebt es wohl ein besseres Argument für die Notwendigkeit der jetzt endlich zum Gesetz erhobenen allgemeinen Schulpflicht, als diesen Beschluß; sei es nun, daß die Bauern von Lans-le-Bourg wirklich mit Brand und Zerstörung gedroht haben, oder daß der unter der Herrschaft der Kleriken stehende Gemeinderath selbst nur diesen Vorwand gebraucht hat, um seine eigene Gefinnung zu bemächteln?

Die Meldung der „Presse“, daß die Mächte über eine Vertagung der Münzkonferenz, welche am 12. d. M. in Paris neuerdings hätte zusammenentreten sollen, übereinkommen sind, wird durch pariser Mittheilungen bestätigt. Die französische Regierung hat die Wiederaufnahme der Berathungen der Münzkonferenz für einen noch in dieses Jahr fallenden Termin in Anregung gebracht.

Spanien befindet sich gegenwärtig wirtschaftlich und fiskalisch in einer schwerelichen Uebergangs-Periode. Es muß seine Steuern ändern, billiger vertheilen und ihr Erträgnis vermehren. Dadurch verletzt es viele Privatinteressen. Andererseits muß es zu sein Versprechen halten und ein Halbmonopol abschaffen, welches zum Vortheil des Ackerbaues und der Industrie des Mutterlandes bestand; endlich ist es genötigt, seine Zolltarife herabzufügen. Die durch diese gleichwohl notwendigen Reformen gekränkten Privatinteressen lehnen sich jetzt gegen die Reformationen auf und führen soeben zu den Unruhen in Barcelona.

Das mutige Auftreten des Grafen Enrico Campello gegen die Annahmen des „Osservatore Romano“ hat allgemein zu der Behauptung Veranlassung gegeben, der ehemalige Chorherr von St. Peter sei zum Protestantismus übergetreten. Dem ist nicht so. Allerdings hat sich Graf Campello vom Papste losgesagt, ist aber Katholik geblieben. Daraüber giebt sehr deutlich sein Schreiben vom 12. Januar an Herrn Lyon in Paris Aufschluß. In demselben heißt es:

„Ich danke Ihnen, daß Sie von der Kanzel herab das Gericht dementirt haben, ich sei einer Sekte beigetreten. Ich habe mich niemals einer jener zahlreichen Genossenschaften angegeschlossen, die zwar christlich sind, sich aber von der katholischen Gemeinschaft losgelöst haben. Nur habe ich, damit mein Land den Sinn meines Bruches mit der päpstlichen Kirche begreife, in dem christlichen Tempel auf dem Platz Poli den Brief vorgelesen, den ich an Leo XIII. gerichtet habe, um auf meine Funktionen als Chorherr zu St. Peter im Bataian Vericht zu leisten. Ich wollte mit diesem Schrift der falschen Vermuthung zuvorkommen, die den Wünschen vieler meiner Gegner entsprochen hätte, der Vermuthung nämlich, mein Entschluß sei die Eingabe eines schrankenlosen Libertinismus und praktischen Atheismus. Warum sollte in meinem Beneben ein Beweis dafür liegen, daß ich Protestant geworden sei, d. h. die katholische Einheit verleugnet habe? Ich vermag das nicht einzusehen, es sei denn, daß man mich Protestant nenne, weil ich gegen die päpstlichen Annahmen protestirt habe. In diesem Sinne bin ich allerdings Protestant und rühme mich dessen. Ich schließe darum, indem ich einen Gedanken Ihres eigenen Briefes umschreibe, mit der Bemerkung: Wenn ich aufgehört habe, Papist zu sein, so geschah es nur, um in besserem Sinne katholisch zu werden. Möge mir Gott Gnade und Kraft geben, seiner Kirche etwälchen Dienst zu leisten.“

Außer der von uns besprochenen Broschüre des Grafen Kutusow ist in diesen Tagen eine andere Broschüre unter dem Titel: „Der Barometer am 31. März 1881“ erschienen. Sie hat Murawew-Borjatow zum Verfasser und beschäftigt sich anläßlich des Jahrestages der Ermordung Alexander's II. ausschließlich mit der inneren Lage Russlands. Der Autor faßt das Uebel des Nihilismus an der Wurzel; er weist sehr überzeugend nach, daß die Ausschreitungen des autokratischen Systems und des mit diesem innig verbündeten Beamtenhums den Nihilismus erzeugen mußten. Das russische Kaslenwesen beruhe in erster Linie auf mongolischen und in zweiter Linie auf chinesischen Traditionen; der russische Beamte sei ein echter und würdiger Nachkomme der vielverhafteten und vielbespöttelten Mandarine. Durch die Erwerbung Polens sei Russland mit Europa in Verbindung getreten; es siehe seit jener Zeit unter dem Einfluß des Occidentalismus, habe diesem seine grössten Fortschritte zu danken und könne sich unmöglich mehr der Einwirkung europäischer Ideen entziehen. Murawew verdammt, natürlich

den Nihilismus vom ethischen Standpunkte aus, aber er führt ganz logisch aus, daß es nie zum Nihilismus gekommen wäre, wenn nicht Autokratie, Mandarinenthum und Korruption durch fortgesetzten Druck die oppositionelle Bewegung zum Extrem gedrängt hätten. Die Nihilisten seien nur gelehrte Schüler der „dritten Abtheilung“, und wenn man jetzt, wie Ignatje wünschbar beabsichtige, von regierungswegen die schlimmen Leidenschaften des Volkes gegen Juden und Revolutionäre ausspielen wolle, so gehe man damit nur zu den Nihilisten in die Schule. Nach alledem kommt Murawew zu dem Schlusse, daß dem Nihilismus wie der traurigen Lage Russlands nur durch Reorganisation des Beamtenhums, nur durch die Ausrottung der Korruption beizukommen sei. Murawew schwärmt nicht für eine nach seiner Meinung in Russland schwer durchführbare Konstitution, aber er warnt Alexander III. sehr eindringlich vor der von Afakow und Genossen hochgepriesenen „altruistischen Civilisation, die man wie eine Pest fürchten müsse“.

Nach dem „Pest. Lloyd“ scheint es gewiß zu sein, daß das Attentat gegen Strelnikow durch Leute ausgeführt wurde, die mit ihm gleichzeitig eigens aus Kiew nach Odessa gekommen waren. Es soll sich auch ein Kampf auf der Straße entwickelt haben, doch sagen die Berichte nicht, ob die dabei beteiligten Arbeiter für oder gegen die Mörder Partei genommen haben. Da in Kiew der Hauptsitz der von den Kleinrussen ausgehenden religiösen Bewegung ist, so ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß General Strelnikow dem kleinrussischen Fanatismus zum Opfer gefallen. Der „Pest. Lloyd“ macht darauf aufmerksam, daß in Kiew eine ungeheure und vielfältige Masse von revolutionärem Stoff angehäuft sei, wie in wenigen Orten des übrigen Russlands. Die Nihilisten haben da eines ihrer Hauptquartiere, die durch das Großrussenthum verfolgten Kleinrussen haben in Kiew ihre heilige Stadt und die Sektirer sind zahlreicher als irgendwo inmitten eines Volkes von so fanatischem Glaubensbedürfnis.

Zur Frage von der Residenzverlegung nach Moskau oder noch weiter nach dem Süden, erhält die russische „St. P. Btg.“ eine Zuschrift, in welcher es u. A., nachdem zuerst die Behauptung aufgestellt worden ist, daß Petersburg nur dank seiner Bedeutung als Residenz existiren könne, als solche aber zugleich die Existenz des ganzen nordwestlichen Gebiets Russlands zum großen Theile bedingt, folgendermaßen heißt:

Wir glauben daher, daß, wenn eine Uebersiedelung der Residenz von Petersburg nach Rossau oder weiter nach Süden eintreten sollte, dieses unter keinen Umständen plötzlich geschehen kann. Eine plötzliche Uebersiedlung würde ein schreckliches Elend nach sich ziehen, welches Russland besonders bei den jetzigen Verhältnissen nicht ertragen könnte. Eine solche Uebersiedlung dürfte unserer Ansicht nach nur das Resultat eines langdauernden systematischen Verfahrens sein: vor Allem müßten unsere unproduktiven Kapitalien durch die Entwicklung der Volkswirtschaft zu produktiven gemacht werden; diese Entwicklung muß schon an und für sich den Reichthum Petersburgs vermindern und daher zu einer Verringerung der Einwohnerzahl führen; vor Allem muß der Bachsthum Petersburgs aufgehalten werden, die künstlichen Mittel, welche bisher dieses Bachsthum bedingten, müssen in Fällfall kommen, an ihre Stelle müssen Bedingungen treten, welche eine regelrechte ökonomische Entwicklung befördern und dann wäre der Zeitpunkt abzuwarten, bis sich der Rückgang faktisch einstellt. Mit einem Wort: Petersburg muß systematisch geschwächt werden, unsere „Nordische Palmira“ systematisch ihrer Bedeutung beraubt und ihr allmählich die Stellung angewiesen werden, welche sie bei freier Konkurrenz naturgemäß behaupten könnte. Denn sonst müßte Petersburg durch eine plötzliche Umgestaltung zu einer Ruine verfallener Steinmauern ohne Fenster und Türen werden, was natürlich mit dem allgemeinen Fortschreiten der Zivilisation nicht in Einklang stehen würde.

Wir glaubten, unsern Lesern dieses Kuriosum nicht vorzuenthalten zu sollen.

Dem russischen Kriegsminister wurde nach dem Vernehmen der „R. Fr. Pr.“ ein Kredit von fünfzehn Millionen Rubel zur Befestigung der Westgrenze des Reiches bewilligt. Das Hauptaugenmerk wird auf die Festung Bobruisk an der Berezina im Gouvernement Minsk gerichtet. Alle Einwendungen des Finanzministers blieben erfolglos. Der Zar genehmigte derselben Quelle zufolge die Projekte Baranow's zur Hebung der ökonomischen Lage des Nordens und sicherte ihm den schleunigen Bau der Bahlinie Wolga-Dwinia zu, die, in Kazan ausmündend, auf dem rechten Ufer des in die Dwinia einmündenden Nebenflusses Wytschegda hinlaufen soll. Die Linie ist von Bedeutung, weil der Handel sich wieder nach Archangel zieht.

Amtlichen Nachrichten zufolge hat der internationale Gesundheitsrat in Alexander mit Rücksicht darauf, daß die Cholera in Bombay jeden epidemischen Charakter verloren hat, die Quarantine für die Bombay und Aden berührenden Schiffe unter der Bedingung aufgehoben, daß bei der ärztlichen Untersuchung auf denselben kein unterwegs vorgekommen Choleraverdächtiger Fall konstatiert wird. Die übrigen indischen Häfen sind bereits vor einigen Wochen außer Kontumaz erklärt worden. Ebenso ist Seitens des Gesundheitsrates den noch in El-Wisch und Tor in Quarantine liegenden Meekapilern freie Praxis gegeben und, da die Pilgerzeit vorüber ist, auch keine Cholerafälle im Hedjas mehr vorgekommen sind, das auf die Pilger bezügliche Reglement vom 15. November d. J. außer Kraft gesetzt worden.

Der Berichtsteller der „Daily News“, Herr O'Donovan, welcher sich durch seinen Aufenthalt in Merv journalistiche Unsterblichkeit erworben, hielt am 27. v. M. vor der Geographischen Gesellschaft in London einen Vortrag über seine dortigen Erlebnisse. Wir erfahren daraus, daß Merv nicht, wie man bis jetzt annahm, eine Stadt ist, sondern ein bloßer geographischer Ausdruck für den Wohnsitz von ungefähr einer halben Million Turkomanen; Spuren einer früheren Zivilisation seien überall vorhanden und O'Donovan war im Stande, Reste derselben, wie Bronzelampen und Dolche, vorzuzeigen. Er war der erste Europäer, welcher Merv seit 25 Jahren besuchte, und wurde von den Turkomanen zu den „schwarzen Russen“, d. h. den Engländern gezählt, welche diesen Namen

wegen der Sepoys erhielten, die als Träger der englischen Herrschaft gelten. Die Russen nennen sie „gelbe Russen“. O'Donovan wurde von ihnen zum Herrscher von Merv gemacht, als Dritter im Bunde eines Triumvirates, damit er England gegen die Russen vertrete, die man gern nach dem Kaspiischen Meer zurücktreiben möchte. Als Herrscher erfand er einen „Rath“, der in fernen Landen stattfinden sollte, um diese Frage zu entscheiden, und schlug sich mit Glück als den Vertreter der Turken an auf diesem Kongresse vor. Auf diese Weise gelang es ihm, zu entkommen. O'Donovan hat seine Erlebnisse in der Form eines Buches zusammengefaßt, welches großes Interesse erregen wird.

## Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 4. April. [Das Tabaksmonopol im Reichstage und im Bundesrat. Die Kanalvorlage. Sezessionistischer Parteitag.] Es ist eigentlich überflüssig, ausdrücklich zu sagen, daß es vorläufig an jedem Anlaß zu Erörterungen darüber fehlt, welche Form der parlamentarischen Geschäftsbearbeitung der Reichstag für die Tabaksmonopol-Vorlage wählen wird; alle Berichte und Konjekturen darüber, ob er dieselbe kurzer Hand im Plenum erledigen oder in einer Kommission prüfen werde, schwelen in der Lust; weder haben vor der Vertagung des Abgeordnetenhauses zwischen den, auch dem Reichstag angehörigen Leitenden Mitgliedern des selben darüber Besprechungen stattgefunden, noch haben die nicht im Abgeordnetenhaus sitzenden Führer des Reichstags Anlaß gehabt, deshalb mit einander in Verbindung zu treten, und die Regierung wird sich daher wohl auch mit dieser Frage noch nicht beschäftigt haben. Warum die Liberalen übrigens versuchen sollten, eine Kommissionsberatung — sofern die Regierung eine solche wünscht — zu verhindern, ist nicht abzusehen; man würde dadurch nur den falschen und sicherlich auszubeutenden Schein erwecken, als ob man liberalerseits die genauere Prüfung des Monopolprojekts zu scheuen hätte, während es im Gegenteil nur erwünscht sein kann, wenn die Schädlichkeit desselben in allen Einzelheiten vor dem Lande dargelegt wird. — Was die von einer halb- oder vierteloffiziösen Korrespondenz dieser Tage mitgetheilte Liste der Anhänger und Gegner des Monopols im Bundesrat betrifft, so ist sie als in jeder Beziehung unzuverlässig zu betrachten. Die Aufführung von Bayern und Hessen unter den für das Monopol stimmenden Staaten ist schon vielfach als mindestens voreilig, wenn nicht direkt falsch, angefochten worden; aber auch von den kleineren Staaten scheinen eine Anzahl, und zwar ebenso unter den Anhängern, als unter den Gegnern, auf der unrichtigen Seite verzeichnet zu sein. Bei alledem überwiegt aber bei kaltblütigen Beurtheilern die Überzeugung, daß im Bundesrat eine Majorität für das Monopol zu haben ist, sobald die Reichsregierung alle Minen springen läßt; der Zweifel, ob sie gleichzeitig gegen mehrere der größeren Regierungen mit Hilfe der kleinsten eine Prästion zu überlegen, ob opportun hält, besteht allerdings noch, ist aber schwächer geworden, zumal es scheint, daß einige der opponirenden Regierungen das Resultat ihrer Majorisierung sich nicht ungern gefallen lassen würden, sobald dasselbe sich in einer erstaunlichen Anzahl von Millionen ausdrückte. — Die nach der Vertagung des Abgeordnetenhauses an dasselbe gelangte Vorlage, betreffend den Bau eines Kanals aus dem Dortmund-Mühlendistrikt zu den Emshäfen, als Theil des schon so lange projektierten Rhein-Weser-Elbe-Kanals, macht in ihrer Begründung einen sehr problematischen Eindruck. Dieselbe liest sich, als ob es mehr darauf angekommen wäre, gegenüber dem beständigen Drängen der Interessenten nach Kanalbauten Eiser zu beweisen, als wirklich eine Bewilligung zunächst von 46, und in Konsequenz davon später von erheblich mehr Millionen, ausreichend zu motivieren; denn was die Regierung selbst zur Empfehlung des Projektes anführt, zeichnet sich in keiner Beziehung, weder in technischer, noch in wirtschaftlicher oder in finanzieller, durch Zuverlässigkeit aus; im Wesentlichen beschränkt sie sich darauf, ein günstiges Gutachten der westfälischen Bergbehörde und eine Denkschrift eines aus Interessenten bestehenden Komités mitzutheilen, ohne so viel ersichtlich, daß einsteigen zu wollen. Auf eine Rentabilität des in den Bau zu steckenden Kapitals rechnet dieses Komité nicht, und allem Anschein nach auch die Regierung nicht. Die Frage, ob im Zeitalter der Eisenbahnen der Bau großer und kostspieliger Kanäle rationell ist, die nur für gewisse Massengüter vortheilhaft benutzbar und fast während jedes Jahres mehrere Monate hindurch zugefroren sind, wird daher im Abgeordnetenhaus wohl ernste Schwierigkeiten bereiten. — Die durch viele Zeitungen gegangene Mittheilung von einem bevorstehenden „sezessionistischen Parteitag“ ist mindestens verfrüht; es liegt derselben nur eine vertrauliche, an Gesinnungsgenossen der „liberalen Vereinigung“ im Lande gerichtete Anfrage zu Grunde, ob dieselben eine solche Versammlung von Vertrauensmännern vor den Wahlen für angemessen halten. Näheres ist darüber noch nicht festgestellt.

## Locales und Provinzielles.

Posen, 5. April.

— Eine polnische Volksversammlung ist seitens des polnischen Wahlcomites auf den 11. d. M. in den Bazaaral einberufen. Es sollen in dieser Versammlung von eigens dazu gewonnenen Rednern die Klagen über die Mängel der hiesigen Volksschulen in Hinsicht auf Religion und Sprache vorgetragen werden. Das Wahlkomite wird alsdann der Versammlung eine an den Oberpräsidenten gerichtete Petition um Aufhebung der hiesigen Simultan-Schulen zur Unterschrift vorlegen. Außerdem soll in der Versammlung der vom Kultusminister den Polen gemachte Vorwurf, betreffend das agitatorische und staatsfeindliche Verhalten derselben, zum Gegenstand der Befreiung gemacht werden. — Was die Schulen anstrebt, so haben die Polen sich am allerwenigsten über die wohlorganisierten Anstalten unserer Stadt zu beklagen. Wenn die Polen sich einbilden, die polnischen Kinder werden in unseren städti-

schén Schulen „verdummt“, so ist das geradezu lächerlich. Wer die Schulprüfungen besucht, und wer überhaupt mit unserer Schuljugend behutsig Erforschung ihres geistigen Bildungszustandes in Beziehung tritt, der wird wissen, daß es in Polen um nichts weiter geht, als ums Gezen und Agitieren. Hinsichtlich es ferner, wenn polnischerseits behauptet wird, dem polnischen Sprachunterrichte werde nicht die gehörige Berücksichtigung zutheil. Unsere polnischen Kinder erhalten durchweg wöchentlich vier Stunden polnischen Sprachunterricht und vier Stunden Religions-Unterricht in ihrer Muttersprache; ferner wird die polnische Sprache, besonders in den unteren Klassen, für alle übrigen Unterrichtsfächer als VermittelungsSprache in Anwendung gebracht. Wie uns von Lehrern, die als solche noch an den ehemaligen polnischen Schulen gearbeitet haben, mitgetheilt wird, werden die polnischen Kinder bei dem jetzigen Schulsystem in ihrer Muttersprache bedeutend weiter gefördert, als dies durch die polnischen Schulen geschah. Der Grund hierfür liegt auch nahe, denn der Gesamtunterricht bei dem gut organisierten Schulsystem wirkt auch fördernd hinsichtlich des Unterrichts der polnischen Kinder in ihrer Muttersprache.

**Stadttheater.** Anknüpfend an die Lokalnotiz in der Montagsnummer der „Posener Zeitg.“ über den bekannten Theaterskandal am Sonnabend Abend, und speziell an die Bemerkung, daß eine Scene einem wohl schon bestehenden Konflikt zwischen dem Direktor und der laufenden Frau v. Mojer ihren Ursprung verdankt habe, erklärt uns Herr Direktor Scherenberg in einem ausführlichen Schreiben, daß ein solcher Konflikt allerdings bestanden habe, aber nicht durch ihn, sondern durch die Gastin veranlaßt worden sei, indem Letztere an ihn, der mehr als seine kontraktlichen Pflichten erfüllt habe, unberechtigte Honorarforderungen stellte. Die Details dürften für das Publikum ohne Interesse sein.

**Telegraphen-Betriebsstelle.** In Michorzewo ist am 1. April d. J. eine mit der Ortspostanstalt vereinigte Telegraphen-Betriebsstelle mit beschränktem Tagesdienst eröffnet worden.

**Eichungsschule Bromberg.** Durch Resscript des Ministers für Handel und Gewerbe vom 12. März 1882 ist dem Eichungssamtheit zu Bromberg bis auf Weiteres die Befugnis zur eichamtlichen Ermittlung und Beglaubigung des Taragewichts von Fässern jeden Inhalts beigelegt worden.

**Nemontenmärkte.** Zum Ankauf von Nemonten im Alter von drei und vier Jahren, sowie zu Artillerie-Stangenpferden geeigneten fünfjährigen Pferden sind im Bereich der königlichen Regierung zu Posen für dieses Jahr nachstehende, Morgens 8 Uhr beginnende Märkte anberaumt worden, und zwar: den 23. Mai in Ostrowo, den 24. Mai in Krotoschin, den 25. Mai in Borek, den 27. Mai in Kotzen, den 31. Mai in Grätz, den 1. Juni in Meseritz, den 3. Juni in Unruhstadt, den 5. Juni in Buz, den 6. Juni in Pinne, den 7. Juni in Bronne, den 9. Juni in Samter, den 10. Juni in Mur-Goslin, den 17. August in Birke, den 21. August in Schröda, den 22. August in Neustadt a. W., den 23. August in Pleischen, den 24. August in Kempen, den 2. September in Gostyn, den 4. September in Bojanowo, den 9. September in Fraustadt.

## Telegraphische Nachrichten.

**Leipzig.** 4. April. Das Reichsgericht hat die Revision des Redakteurs der „Berliner Montagszeitung“, Schmidt-Cabanis, gegen seine Verurtheilung zu 500 Mark Geldstrafe wegen verleumderischer Beleidigung des Reichskanzlers Fürsten Bismarck verworfen. — Ebenso wies das Reichsgericht die Nichtigkeitsbeschwerde zurück, welche der Rittergutsbesitzer von Diest-Daber gegen das Urtheil des Stettiner Oberlandesgerichtes eingelebt hatte, durch welches er wegen öffentlicher Beleidigung des Rittergutsbesitzers v. Eisenhardt-Rotha, anlässlich dessen Zeugenaussagen in einem Prozeß wegen Beleidigung des Fürsten Bismarck, zu 100 Mark Geldstrafe verurtheilt worden war.

**Schwerin i. M.**, 4. April. Wie die „Mecklenburgischen Anzeigen“ melden, ist der bekannte Liederkomponist Rücken im Alter von 71 Jahren gestern in Folge eines Schlaganfalls im Pferdebahnwagen gestorben.

**Wien.** 4. April. Wie der „Neuen freien Presse“ aus Pest gemeldet wird, haben sich die beiderseitigen Regierungen dahin geeinigt, den ganzen außerordentlichen Bedarf für 1882 in Anspruch zu nehmen, dagegen vorläufig keine Förderung für Investitionen zu stellen. Die für die Bedürfnisse der Truppen erforderlichen Bauten und die Befestigungen sollen nur einen passageren Charakter erhalten und aus den für das laufende Jahr zu bewilligenden Mitteln bestritten werden.

**Wien.** 4. April. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht die Benennung des Frhns. v. Kraus zum Statthalter von Böhmen und die Ausführungsverordnung zu dem Gesetze vom 20. Dezember 1879 betreffend die Zulassung der österreichisch-ungarischen Aktiengesellschaften, Versicherungsgesellschaften und Erwerbsgesellschaften zum Geschäftsbetrieb in Bosnien und der Herzegowina.

**Wien.** 4. April. Für den neu freierten Posten eines Militärrattachées bei der Gesandtschaft in Belgrad ist nach dem „Armeen-Verordnungsblatt“ der Generalstabs-Major Pinter ernannt worden.

**Rom.** 4. April. Die Gemahlin des deutschen Botschafters v. Neudell ist gestorben. Die Leiche wird einige Tage im Botschaftspalais bleiben und dann nach Deutschland überführt werden.

**Rom.** 4. April. Der „Alberta“ zufolge wäre der Kardinal Bigliari zum Nachfolger des Kardinal-Staatssekretärs Jacobini designirt. Jacobini stattete heute Nachmittag dem Großfürsten Vladimir, welcher morgen mit seiner Gemahlin nach Neapel abreist, einen Besuch ab.

**Rom.** 4. April. Die „Italia“ schreibt, es scheine gewiß, daß der Kardinal-Staatssekretär Jacobini trotz der gegen-heiligen Wünsche des Papstes von seinem Posten zurücktreten werde, weil er durch die von dem Papste unlängst seinem Bruder, dem Kardinal, verliehenen Vollmachten seine Autorität verletzt glaube.

**London.** 4. April. [Unterhaus.] Dem Deputirten Gorst erwiederte Gladstone, die Lage sei sehr ernst, es handele sich aber nicht um eine politische, sondern um eine soziale Revolution. Schon Wellington habe gesagt, gegenüber einer Revolution gegen die Zehnten und die Pacht seien die Hilfesquellen der Regierung eines freien Landes unvermögend. Er, Gladstone, sei überzeugt, daß hinter den Agrarverbrechen höhere Einflüsse zu suchen seien; die Mitglieder der Landliga mögen doch einen klaren Beweis dafür liefern, daß ihre Forderungen nicht zu solchen Zwecken gedient. Die Wahl des Zeitpunktes, weitere Maßregeln anzutun, müsse dem eigenen Ermessens der Regierung anheim

gesetzt bleiben. Northcote bezeichnet die Erklärungen Gladstone's als unbefriedigend und alarmirend und spricht sein Bedauern darüber aus, daß die Regierung noch nicht seine Politik accpirirt habe.

**London.** 4. April. [Unterhaus.] Auf eine Anfrage Wolff's erwiederte der Premier Gladstone, der Schriftwechsel mit der amerikanischen Regierung wegen der in Irland gefangenen verdächtigen amerikanischen Bürger, deren Zahl sich auf etwa 6 belaute, dauere noch fort. Die amerikanische Regierung habe noch nicht auf die im Juni 1881 in Betreff der aufreizenden Sprache gewisser Blätter gemachten Vorstellungen geantwortet. Gladstone beantragte sodann das Haus mit Schluß der heutigen Sitzung bis zum 17. April zu vertagen. Gorst lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses auf die jüngsten Vorgänge bei den Auffissen in Irland, welche ein Beweis für die Zunahme der Agrarverbrechen und den Zusammenbruch der Justizverwaltung seien. Er wünsche zu wissen, was die Regierung in dieser Beziehung zu thun gedenke.

Berantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im April.

Datum	Barometer auf 0 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Grad.
4. Nachr. 2	756,3	D stark	heiter	+10,2
4. Abends 10	761,6	D lebhaft	wolkenlos	+ 4,5
5. Morgs. 6	763,1	D lebhaft	R. wolkenlos	+ 1,4
Am 4. Wärme-Maximum	+10°7 Cels.			
	- Wärme-Minimum	+ 0°7		

## Wetterbericht vom 4. April, 8 Uhr Morgens.

Ort.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeressniv. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Grad.
Hullaghmore	761	SE	bedeckt	9
Aberdeen	770	SE	heiter	8
Christiania	778	D	wolkenlos	2
Kopenhagen	773	D	wolkenlos	2
Stockholm	777	SW	wolkenlos	1
Haparanda	781	still	wolkenlos	-6
Petersburg	758	R	Schnee	-1
Cort. Queenst.	760	SD	wolkenlos	11
Brest	761	SSD	halb bedeckt	3
Helder	767	D	wolkenlos	5
Solt	771	RD	wolkenlos	2
Hamburg	770	RD	heiter	4
Swinemünde	772	D	wolkenlos	6
Neufahrwasser	773	RD	wolkenlos	5
Memel	773	RD	wolkenlos	3
Paris	760	D	halb bedeckt	7
Münster	765	RD	wolkenlos	4
Karlsruhe	762	RD	heiter	5
Wiesbaden	762	R	wolkenlos	6
München	762	RD	Dunst	4
Leipzig	764	RD	Regen	3
Berlin	768	RD	bedeckt	6
Wien	763	still	bedeckt	6
Breslau	767	D	wolkenlos	5
Nie d'Air	761	R	bedeckt	10
Riga	760	SD	wolkenlos	11
Triest	760	D	wolkenlos	14

1) Seegang mäßig. 2) Nachts Regen. 3) Nachmittags Regen. Skala für die Windstärke:

1 = leicht Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = stief, 8 = sturmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Küstzone von Irland bis Ostpreußen, 3. Mitteleuropa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingehalten.

## Übersicht der Witterung.

Das barometrische Maximum hat über den bottnischen Bussen bis zu 781 mm. zugewonnen und bedingt so Fortdauer und einiges Aufstreifen der östlichen Luftströmung über Zentral-Europa. Ein Gebiet relativ niedrigen Luftdrucks verläuft südostwärts vom Kanal durch Frankreich nach Italien hin und dürfte insbesondere im südwästlichen Deutschland Veranlassung zur Gewitterbildung geben. Außer in dem Striche Magdeburg-Prag sowie am Bodensee, wo Regenwetter herrscht, ist über Zentral-Europa die Witterung heiter und trocken. In Friedrichshafen fanden gestern Nachmittag zwei Gewitter mit Regen- und Hagelschauern statt. In Norddeutschland kam stellenweise Reif vor; Memel hatte Nachtfrost.

## Deutsche Seewarte.

### Wasserstand der Wärthe.

Posen, am 4. April Morgens 1,02 Meter.

— 4. Mittags 1,02

— 5. Morgens 1,00

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

### Godenstädter-Börse.

Berlin, 4. April. Wind: O. Wetter: Schön.  
Weizen per 1000 Kilo lolo 202—233 M. nach Qualität gefordert, abgel. Anmeld. — bezahlt, defekter Polnischer — Mark, ab Bahn, per April — M. bezahlt, per April-Mai 226½—226—226½ bezahlt, per Mai-Juni 219 bezahlt, per Juni-Juli 217½ bezahlt, per Juli-August 210—211 bezahlt, per September-Oktöber 206—206½ bezahlt. — Gefündigt 39,000 Zentner. — Regulierungsspreis 226 Mark. — Roggen per 1000 Kilo lolo 149 bis 165 Mark nach Qualität gefordert, inländischer 156—163 Mark ab Bahn bezahlt, exqu. do. — M. v. Bahn bezahlt, def. polnischer — Mark ab Bahn bezahlt, def. russischer — Mark ab B. bezahlt, russischer, polnischer u. galizischer 149—153 M. ab Bahn bezahlt, ver April 156½ bezahlt, ver April-Mai 155½—156½—156 bezahlt, per Mai — bezahlt, per Mai-Juni 154½—155½—155 bezahlt, per Juni-Juli 153½—154½ bez., per Juli-August 152½—153 bezahlt, per September-Oktöber 151½—153 bez. Gefündigt 4000 Str. Regulierungsspreis 156 M. — Gerste per 1000 Kilo lolo 129—200 Mark nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo lolo 125 bis 172 Mark nach Qualität gefordert, russischer und polnischer 127 bis 140 bezahlt, ost- und westpreußischer 137 bis 150 bezahlt, pommerischer und Udermärker 127 bis 145 bezahlt, schlesischer 140 bis 155 bezahlt, f. do. 155—160 bezahlt, böhmischer 140—155 bezahlt, f. do. 155—160 M. bezahlt, kein weiß mecklenburgischer — ab Bahn bezahlt, per April — bezahlt, per April-Mai 132—133 bez., per Mai-Juni 133—133 bez., per Juni-Juli 135½—136 bezahlt, per Juli-August 137 Mark. Gefündigt —. — Zentner. Regulierungsspreis — Mark. — Erbien per 1000 Kilo Kochwaren 160 bis 200 Mark, Futterware 142 bis 158 Mark. — Mais per 1000 Kilo lolo 140—153 nach Qualität gefordert, per April — M.

per April-Mai 139 bez., per Mai-Juni 137½ Mark, per Juni-Juli 136 Mark, per September-Oktöber 136 Gd. Gefündigt Zentner. Regulierungsspreis — Mark. — Weizenmehl per 100 Kilogramm brutto 0: 31,00 bis 29,50 Mark, 0: 28,50 bis 27,50 M. 0: 27,50 bis 26,50 Mark. — Roggenmehl infl. Sad 0: 23,25 bis 22,25 Mark, 0: 21,75 bis 20,75 Mark, ver April 21,70 bis 21,75 bezahlt, per April-Mai 21,65—21,70 bezahlt, per Mai-Juni 21,60 bezahlt, per Juni-Juli 21,45—21,55 bezahlt, per Juli-August 21,35—22,45 bezahlt, per September-Oktöber 21,15—21,20 bezahlt. — Gefündigt 2000 Zentner. — Regulierungsspreis 21,75 Mark. — Delfsatt per 1000 Kilo — M. Winteraps — M. Winterübien — Mark. — Rübböhl per 100 Kilo lolo ohne Fas 55,3 M. lolo mit Fas 55,6 M. ver April 55,7—55,8 bezahlt, per April-Mai 55,7—55,8 bezahlt, per Mai-Juni 55,8 M. Juni-Juli — M. ver September-Oktöber 55,8 bezahlt. — Gefündigt 2000 Str. Regulierungsspreis 55,8 Mark. — Leinöl per 100 Kilo lolo — M. Petroleum per 100 Kilo lolo 24,0 Mark, ver April 23,5 Mark, ver April-Mai 22,2 bezahlt, per Mai-Juni — bezahlt, per September-Oktöber 24,1 bezahlt. — Gefündigt —. — Zentner. Regulierungsspreis — Mark. — Spiritus per 100 Liter lolo ohne Fas 45,1 bezahlt, mit Fas — M. ver April-Mai 45,3 M. bezahlt, per Mai-Juni 46,6—46,8 M. bezahlt, per Juni-Juli 47,2 Mark Brief und Geld, ver Juli-August 47,9 M. bezahlt, per August-September 48,4 Mark Brief, ver September — M. bezahlt. — Angemeldet: Zentner Weizen, 3000 Zentner Roggen, — Zentner Rüben, 1000 Zentner Rübböhl, 30,000 Liter Spiritus. — Regulierungsspreis: Weizen 228 M., Roggen 153,5 M., Rüben — M. Rübböhl 55,25 Mark, Spiritus 45,9 Mark. — Petroleum lolo 7,35 M. trans. bezahlt, alte Usance — M. tr. bez., per September-Oktöber — M. trans. bez. Regulierungsspreis 7,35 M. tr.

Stettin, 4. April. [An der Börse.] Wetter: Klare Luft. + 9 Gr. R. Barometer 28,9. Wind: O.S.O.

Weizen flau, per 1000 Kilo lolo gelber inländischer 210 bis 220 M., weißer 212—221 M., geringer 185—193 M. bez., per April-

Berlin, 4. April. Bereits gestern zeigten sich nach dem Schluss des offiziellen Geschäfts einige Symptome, die eine Abschwächung der Stimmung andeuteten, obwohl der Verkehr äußerlich seinen leisen Charakter bewahrte. Auch heute kann die Tendenz nicht eigentlich matt genannt werden, indes war sie auch ebenso wenig fest. Es machte sich das Bestreben bemerkbar, die Haushaltsgenossenschaften zu verringern und von Neufäusen wollte Niemand etwas wissen. Bestimmt Befürchtungen wurden zwar nicht laut, es war aber auch andererseits die Aktionslust eine beschränktere, da man schon jetzt die Unterbrechung des Geschäfts in Rücksicht zieht, die durch das Osterfest

Jonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 4. April 1882.

Brennholz Jonds- und Welt-

Coarse.

Preuß. Cons. Anl.

do. neue 1876

Staats-Anleihe

Staats-Schuldt.

Do. Deich-Ob.

Berl. Stadt-Ob.

do. do.

Schuld. d. B. Rgn.

Fland. h. r. i. e.:

Berliner

do.

Zandich. Central

Kur. u. Reunmärk.

do. Sieue

do. do.

do. neue

R. Brandbg. Reed.

Ostpreuß. For.

do. do.

do. do.

Westpr. ritterisch.

do.

L. B.

do. II. Serie

Reuldsch. II. Serie

do. do.

Boiensche, neue

do. 100,30 B.

Sächsische

Pommersche

do.

Schlesi. alt.

do. alte A.

do. neue I.

Rentenbriefe:

Kur. u. Reunmärk.

do.

do. do.